

Francis Mitterrand und Helmut Kohl wurden gemeinsam geehrt. Winston Churchill, Konrad Adenauer und Angela Merkel haben ihn bekommen, auch Emmanuel Macron, Papst Johannes Paul II. und Bill Clinton. Seit 1950 werden Jahr für Jahr Persönlichkeiten mit dem Aachener Karlspreis ausgezeichnet, wenn sie sich im Sinne der Stifter „um die Einheit Europas“ verdient gemacht haben. Am kommenden Donnerstag hätte der diesjährige Preis an den rumänischen Präsidenten Klaus Johannis verliehen werden sollen – weil er „die gemeinsame Idee von einer europäischen Zukunft“ verkörperte, wie es in der Begründung der Jury heißt.

Aufgrund der Pandemie war schon seit Wochen klar, dass die aufwendige und von viel Prominenz besuchte Zeremonie im Krönungssaal des Aachener Rathauses in diesem Jahr nicht wie üblich an Christi Himmelfahrt würde stattfinden können. Ein neuer Termin für die Verleihung steht nicht an, obwohl es nach Ansicht von Kritikern ein ideales Datum dafür gäbe: den St. Nimmerleinstag. Denn mit Johannis werde ein Unwürdiger geehrt, sagen sie.

Die seit längerem schwelende Kritik hat sich an einem befremdlichen Auftritt des Politikers Ende April neu entzündet. Er versörte nicht nur, aber vor allem die ungarische Minderheit Rumäniens. Etwa 1,2 Millionen der knapp zwanzig Millionen Einwohner Rumäniens sind Ungarn. Sie leben vor allem in Siebenbürgen, einer historischen Region, die der Welt unter dem Namen Transsilvanien geläufig ist. Genaue gesagt leben die meisten ungarischsprachigen Staatsbürger Rumäniens im Szeklerland, einer Landschaft im Osten Siebenbürgens, nach der sich die Einwohner auch als Szekler bezeichnen. Die Ungarn dort haben eigene Parteien, allen voran die „Demokratische Union der Ungarn in Rumänien“, der es zumindest bisher stets gelang, die Fünftanzentstärkung zum Einzug in die beiden Kammern des rumänischen Parlaments zu überwinden.

Diese Partei hatte schon vor längerer Zeit eine Gesetzesinitiative ins Parlament eingebracht, die zwar chancenlos war, aber sich dafür eignete, viel Aufmerksamkeit zu erregen: Es ging um regionale Autonomie für das Szeklerland. Die Region hätte demnach zu einem gewissen Grad über ihre Finanzen selbst entscheiden und eigene Gesetze verabschieden dürfen. Auch sollte die ungarische Sprache auf lokaler Ebene der rumänischen gleichgestellt werden. Neu war das alles nicht. Autonomieforderungen für das Szeklerland sind ein Dauerbrenner in der rumänischen Politik und sorgen seit Jahrzehnten zuverlässig für Streit, da viele Rumänen allein den Gedanken daran ablehnen.

Dennoch hat die Abgeordnetenkammer in Bukarest, das Unterhaus des Parlaments, den Gesetzentwurf Ende April angenommen. Das klingt zunächst überraschend, denn die Ungarn stellen dort natürlich nur eine Minderheit. Wie konnte ihre Initiative durchkommen? Auch die Antwort hört sich zunächst verwirrend an: Es lag daran, dass nicht darüber abgestimmt wurde. Gesetzentwürfe, die vom Unterhaus nicht ausdrücklich abgelehnt werden, gelten nach Ablauf einer Frist nämlich automatisch als angenommen. Von einer „still-schweigenden Billigung“ ist dann die Rede. Chancenlos war das Gesetz dennoch. Alle Beteiligten wussten nämlich, dass das Oberhaus des Parlaments, es auf jeden Fall niederstimmen werde. Und so geschah es auch. Am Tag nach der automatischen Annahme im Unterhaus wurde der Entwurf im Senat mit 126 Neinstimmen bei nur neun Befürwortern weggepusht.

Bis hier ist das ein innenpolitischer Vorgang, der den Rest der Welt und auch das Aachener Karlspreisdirektorium nicht interessieren müsste. Ein Gesetzentwurf scheitert im Parlament – na und? Bemerkenswert wird die Geschichte erst durch die Intervention des designierten Karlspreisträgers. Denn Klaus Johannis entschied sich, die legislative Lappalie zur Staatskrise aufzublähen – und dabei gleich auch gegen die Ungarn in Rumänien zu betonen. Obwohl klar war, dass das Gesetz keine Chance hatte, trat Johannis nach dessen „still-schweigender Annahme“ im Unterhaus vor die Kamera und malte den Zerfall Rumäniens an die Wand. Er nutzte dabei den Umstand, dass im Abgeordnetenhaus die „Partidul Social Democrat“, kurz PSD, stärkste Kraft ist. Rumäniens sozialdemokratische Partei gilt als Sammelbecken von korrupten Oligarchen und anderen Gaunern. Bis zum vergangenen Jahr, als sie noch die Regierung führte, versuchte die Parteispitze systematisch, das rumänische Justizsystem auszuhöhlen und, wie praktisch, Korruption nahezu straffrei zu machen. Erst Massenproteste Hunderttausender Rumänen, denen sich anfangs zögerlich, dann immer entschlossener auch der 2014 erstmals zum Präsi-

denten gewählte Johannis anschloss, bereiteten dem Treiben ein Ende.

Johannis tut nun alles dafür, Rumäniens Sozialdemokraten vor der nächsten Parlamentswahl, die in wenigen Monaten stattfinden soll, weiter zu schwächen. Das wäre für sich genommen wiederum nicht bemerkenswert, denn solche Machtkämpfe gehören nun einmal zum Alltag in einer Demokratie – nicht aber, dass sie auf dem Rücken von Minderheiten ausgetragen werden. Doch genau das hat Johannis getan. „Guten Tag liebe Rumänen!“, begann er seine Ansprache auf Rumänisch, um danach die PSD auf Ungarisch zu begrüßen: „Jó napot kívánok (Guten Tag, PSD!)“ Dabei sprach der Präsident das Parteikürzel der Sozialdemokraten auf karrierende Weise aus – wie jemand, der einen ungarischen Akzent im Rumänischen verhöhnt. „Es ist unglaublich, liebe Rumänen, was sich im Parlament Rumäniens zuträgt“, sagte Johannis dann wieder auf Rumänisch – und behauptete, die PSD mache mit „den Ungarn“ gemeinsame Sache, um einen Teil des Landes zu raubern. „Während wir mit der Coronavirus-Pandemie kämpfen, um die Leben der Rumänen zu kämpfen, darum kämpfen, diese Pandemie loszuwerden, kämpft die PSD, die große PSD, in den geheimen Büros des Parlaments dafür, Transsilvanien den Ungarn zu geben.“ Er sprach den Vorsitzenden der PSD, einen ethnischen Rumänen, wiederum auf Ungarisch an und fragte ihn dann: „Was hat der Leader aus Budapest, Viktor Orbán, Ihnen wohl im Austausch für diese Vereinbarung versprochen?“

Man stelle sich ein ähnliches Geschehen in Deutschland vor: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier geht an die Öffentlichkeit, öffnet einen Akzent nach, den manche Deutsche mit türkischen Wurzeln haben, und bezichtigt die SPD sowie die „Türken“ in Deutschland, mit Hilfe des türkischen Präsidenten Erdogan einen Teil des Landes der Türkei anschließen zu wollen. Natürlich hinkt der Vergleich: Anders als Türken in Deutschland leben Ungarn schon seit etwa einem Jahrtausend in den Gebieten, die heute zu Rumänien gehören, und die deutsche SPD unterscheidet sich auch in sehr vielen von dem rumänischen Kleptokratenclub, der sich ein sozialdemokratisches Mandat umgehängt hat. Trotz solcher und anderer Unterschiede kann dieses Beispiel aber wohl einen Eindruck davon vermitteln, wie „den Ungarn“ in Rumänien zumute ist, nachdem sie vom Staatspräsidenten zu Landesfeinden abgestempelt wurden.

„Solange ich Präsident Rumäniens sein werde, so lange wird es ein solches Gesetz nicht geben!“, hatte Johannis auch gesagt – als wisse er nicht ganz genau, dass die von ihm an die Wand gemalte Abspaltung Siebenbürgens ohnehin nicht anstand. Dafür konnte der Präsident sich sicher sein, dass seine Rhetorik bei rumänischen Nationalisten auf fruchtbaren Boden fallen würde. Die beschwören immer wieder die angebliche Gefahr eines rumänischen Staatszerfalls, der im Szeklerland beginnen werde. Das ist zwar Unsinn, denn das Gebiet liegt mitten in Rumänien und ist in alle Himmelsrichtungen von rumänischen Staatsgebiet umschlossen. Ein Anschluss an Ungarn war auch nie Ziel der jüngsten Initiative. Die Zugehörigkeit zu Rumänien wird von „Ungarnpartei“ nicht in Frage gestellt. Doch auf solche Details kam es dem Karlspreisnominierten nicht an. Offenbar wollte er Stimmung machen, und das ist ihm gelungen.

Ungarns Regierungschef Viktor Orbán dagegen, der nicht im Verdacht steht, die mit dem Karlspreis verbundenen Werte zu repräsentieren, legte im Vergleich zu Johannis zunächst nachgerade staatsmännische Zurückhaltung an den Tag, als er den Fall kommentierte. Da er Johannis als prinzipienfest und respektabel kenne, habe er dessen jüngste Äußerungen mit „Verwunderung“ vernommen, sagte Orbán und empfahl einseitigen Zurückhaltung: „Selbstverständlich werden wir nötigenfalls den uns zugeworfenen Handschuh aufnehmen, aber vorläufig rate ich nicht dazu, dass wir uns nach ihm bücken.“ In Rumänien sind dafür beim „Nationalrat zum Kampf gegen Diskriminierung“, einer staatlichen Behörde, mehrere Beschwerden über Johannis eingegangen. Ein Wortführer der Kritiker ist Péter Eckstein-Kovács aus Klausenburg, der größten Stadt Siebenbürgens. Auf Rumänisch heißt sie Cluj-Napoca, auf Ungarisch Kolozsvár. Eckstein-Kovács, ein Jurist, gehört der ungarischen Minderheit Rumäniens an. Er war einer der Gründer der „Ungarnpartei“, verließ sie aber, nachdem deren Parlamentsfraktion die Machenschaften der Sozialdemokraten zur Unterminierung der Justiz unterstützt hatte. Dass Johannis nun allen Ernstes behauptet, Rumäniens Sozialdemokraten verhandelten mit Viktor Orbán darüber, Transsilvanien den Un-



Klaus Johannis wird im eigenen Land heftig kritisiert.

Photo: Alliance

Ist dieser Mann ein Nationalist?

Rumäniens Präsident Klaus Johannis soll den Aachener Karlspreis bekommen. Es heißt, er schütze Minderheiten. Wie passt das zu seiner Hetze gegen Ungarn?

Von Michael Martens

garn zu übergeben, sei schlicht absurd, sagt Eckstein-Kovács. Die Folgen dagegen seien ernst: „Johannis hat durch seine Verleumdung der ungarischen Sprache ungleich intensive nationalistische, anti-ungarische Reaktionen in der Bevölkerung provoziert, die besonders im Internet sichtbar werden. Das hat die ohnehin schon schwierigen rumänisch-ungarischen Beziehungen noch verschärft.“ Das Gerede von angeblichen Plänen einer Abspaltung Siebenbürgens habe einen „anti-ungarischen Tsunami“ ausgelöst.

Das bestätigt auch Ionuț Campeanu von der Organisation „Active Watch“, die rassistische oder auf andere Art gehässige Kommentierung in rumänischen Medien und im Internet analysiert. Durch das Netz schwappe nun eine Welle voller hassvoller Kommentare über die „Bozgori“ – dieses rumänische Schimpfwort für Ungarn entspringt dem deutschen „Kanaken“ für Ausländer. „Iod den Ungarn, ich pisse auf diese Mistkerle“, wünscht sich da jemand, und in den Zuschauerkommentaren eines Fernsehsenders heißt es: „Du Bozgor, danke dem rumänischen Volk, dass wir euch bis heute hier geföhldet haben, ohne euch zu ekekutieren! Wir hätten euch längst aufgehängt sollen, damit kein einziger ausgekotzter Bozgor mehr übrig bleibt.“

Beim rumänischen Nationalrat zum Kampf gegen Diskriminierung will man sich vom Fall Johannis nicht äußern. Csaba Ferenc Asztalos, Präsident des Nationalrats, begründet sein Schweigen mit den noch laufenden Untersuchungen. Er bestätigt aber, dass nach dem Auftritt des Präsidenten mehrere Beschwerden wegen Volksverhetzung bei der Behörde eingegangen seien. Asztalos macht am Telefon einen besonnenen Eindruck, er wählt seine Worte vorsichtig. Die Beziehung zwischen Rumänen und Ungarn sei eine wichtige Angelegenheit: „Aussagen von Amsträgern können da leicht heftige Reaktionen hervorrufen“, sagt er und fügt eilig hinzu: „Das ist aber nicht als Kommentar zu den Aussagen von Herrn Johannis zu verstehen. Ich bin rechtlich verpflichtet, nichts dazu zu sagen, solange der Fall geprüft wird.“ Man werde den Staatspräsidenten nun zunächst bitten, zu den Beschwerden Stellung zu nehmen. Eine Entscheidung des Gremiums werde bis Anfang Juni fallen, sagt Asztalos und erwähnt, der Antidiskriminierungsrat habe die Befugnis, Geldstrafen zu verhängen, wenn Aussagen als jenseits der Meinungsfreiheit stehend bewertet werden. Auch gegen das Staatsoberhaupt.

Und wie sieht man die Sache in Aachen? In der Begründung für die Preisvergabe heißt es, Johannis sei „ein großer Streiter für den Schutz der Minderheiten“. Tatsächlich gehört Johannis zur deutschsprachigen Volksgruppe der Siebenbürger Sachsen. Aber ob die ungarische Minderheit ihn auch so erlebt? Jürgen Linden, der von 1989 bis 2009 Oberbürgermeister Aachens war, und seit zehn Jahren Vorsitzender des Direktoriums der Karlspreisdirektion ist, verteidigt die Nominierung. Er kenne Johannis seit vielen Jahren und habe keine Zweifel an dessen Preiswürdigkeit: „Er ist in seinem bisherigen politischen Leben stets für den Minderheitenschutz eingetreten und hat das auch bei unserer bisher letzten persönlichen Begegnung im Februar noch einmal sehr deutlich betont.“ Linden zeigt Verständnis für Johannis: „Wenn er vor dem Ausverkauf einer Region an ein anderes Land warnt und sich gegen eine Autonomie ausspricht, dann hat er nur etwas getan, was andere Staatenlenker in Europa auch tun, um den Zusammenhalt ihrer Länder zu gewährleisten. Man darf auch nicht vergessen, dass Viktor Orbán die ungarische Minderheit in Rumänien sehr unterstützt und ihr eine Reihe von Privilegien angedient hat, etwa die doppelte Staatsbürgerschaft.“

Und was ist mit der Darstellung der ungarischen Minderheit Rumäniens als Handlanger Budapests, mit dem „Nachäffen“? „Bei seinen jüngsten Äußerungen hat sich der rumänische Staatspräsident tatsächlich einer scharfen Rhetorik bedient“, gesteht Linden ein. „Der Ton war für seine Verhältnisse ungewöhnlich. Aber er ist dadurch nicht über Nacht zum Nationalisten geworden.“

Über Nacht tatsächlich nicht, sagen inländische Kritiker des Präsidenten – er schwimme vielmehr seit langem im Strom des rumänischen Nationalismus. Eine Rumäniendebatte, die nicht namentlich zitiert werden will, sagt es so: „Johannis will zeigen, dass er rumänischer ist als die Rumänen.“ Auch für Eckstein-Kovács ist Rumäniens Präsident kein würdiger Karlspreisträger: „Mit seinen Aussagen hat Johannis sich aus dem Kreis der glaubwürdigen und respektablen europäischen Politiker ausgeschlossen. Dass in Rumänien bald Wahlen sind, ist keine Entschuldigung.“